



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 34. Ratssitzung vom 11. Januar 2023

### 1225. 2022/563

**Postulat der SP- und Grüne-Fraktion vom 16.11.2022:**

**Untersuchung und Bericht zu den rechtsextremen Angriffen, dem Vorgehen und den allfälligen Fehlern von Seiten der Stadt und der Polizei sowie zu den künftigen Handlungsmöglichkeiten**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Dominik Waser (Grüne)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 937/2022): Wir sprechen heute über unsere ersten beiden Vorstösse nach den verschiedenen Angriffen von rechtsextremen Gruppen. In der Stadt Zürich ist im letzten Monat ein Erstarren und vermehrtes öffentliches Auftreten von rechtsextremen und neofaschistischen Gruppen zu erleben. Um es in den Worten eines Artikels zu sagen, der gestern über einen ehemaligen Lokalsektionspräsidenten der SVP im Kanton St. Gallen geschrieben wurde, der von der SVP zu dieser bekannten rechtsextremen Gruppe gewechselt hat: «Die rechtsextreme Gruppe drängt seit Monaten mit ihren äusserst professionell umgesetzten Aktionen und Videos aggressiv in die Öffentlichkeit. Statt mit Glatze und Springerstiefeln treten die Vertreter der neuen radikalen Rechten mit stylischen Hipsterfrisuren und Turnschuhen auf. Wie ganz normale Jungs eben.» Die Gruppen fühlen sich, wie es aussieht, so sicher, dass sie auch mit Aktionen am helllichten Tag Angriffe auf queere, rassifizierte oder jüdische Personen starten. Die Angriffe auf Minderheiten und spezifische Communitys durch gewaltbereite, organisierte rechte Gruppen sind ein Angriff gegen die freie Demokratie und somit ein Angriff auf uns alle. Die Angriffe sind nicht tragbar und müssen aktiv bekämpft werden. Der Stadtrat und die Polizei sind verpflichtet, die Bevölkerung der Stadt Zürich vor solchen Gewalttaten zu schützen. Alle Personen, die in der Stadt Zürich leben, sollen in einer sicheren und offenen Stadt lieben und leben dürfen. In den letzten Jahrzehnten ist Rechtsextremismus als Einzelphänomen verstanden und viel zu oft verharmlost worden. Abgesehen davon, dass das historische Bewusstsein von gewissen Personen leider auch abhandengekommen ist. Das Resultat ist, dass Behörden in der Schweiz im Umgang mit vernetzten und organisierten rechtsextremen Akteurinnen und Gruppen ungenügend vorbereitet sind. Die Grösse der Gruppierung ist oft überschaubar, doch im Internetzeitalter ist es viel wichtiger, wie viele Menschen erreicht werden. Das können auch wenige Personen machen. Laut einem Bericht von Europol verfolgen rechtsextreme Gruppen in den sozialen Netzwerken neue Kommunikationsstrategien, die bisher in dem Milieu nicht bekannt waren. Aktuell tritt der Rechtsextremismus oder der Neofaschismus in eine neue globale Phase mit einer Häufung von rechtsextremen Taten und neuen Formen des Auftritts. Zudem sind rechtsextreme Parteien, oder sehr rechte, neofaschistische Parteien politisch im Aufwind, so zu sehen bei der neuen Regierung in Italien. Vor zwei Tagen konnten wir in den Medien erfahren, was das Resultat von rechtsextremen oder neofaschistischen Ideologien und der*



daraus resultierenden Gewaltbereitschaft ist: Anhänger des Ex-Präsidenten von Brasilien haben den Regierungssitz, das Parlament und das oberste Gericht in der Hauptstadt gestürmt. Die Stadt Zürich soll ihre Reaktion auf die vergangenen Angriffe ausführlich reflektieren und die städtischen Behörden sollen sich besser gegen das Erstarken dieser Gruppen wappnen. Wir fordern den Stadtrat auf, eine externe Untersuchung in Auftrag zu geben, um die allfälligen Fehler seitens der Stadt bzw. Polizei zu untersuchen, aber auch künftige, präventive Handlungsmöglichkeiten gegen Rechtsextremismus aufzuzeigen. Der ausführliche Bericht soll sich auf folgende Punkte fokussieren: Wie konnte es in sehr kurzer Zeit zu wiederholten Angriffen kommen? Was wird bereits gemacht und was kann in Zukunft verstärkt gemacht werden, um die Angriffe aktiv zu verhindern? Wie ist das Vorgehen der Polizei in Bezug auf den Umgang mit rechtsextremen, faschistischen Gruppen im Allgemeinen? Was ist das aktuelle Vorgehen der Polizei? Im Vorfeld wurde uns gesagt, dass wir zunächst eine Schriftliche Anfrage verfassen sollen. Das hatten wir nach dem Angriff auf den Pride-Gottesdienst im Juni 2022 mit GR Nr. 2022/278 gemacht. Leider waren die Antworten aus unserer Sicht unbefriedigend. Wir möchten einen Bericht, der in die Tiefe geht und uns zeigt, welche Massnahmen wir als Stadt treffen können. Es wird wohl gleich eine grosse Debatte losgehen, weswegen ich einen Text vom Klimastreik zitieren möchte: «Wir brauchen eine Angelhaken-theorie anstatt einer Hufeisentheorie.» Die bekannte Hufeisentheorie versucht, politische Ideen in einem Bild darzustellen: In der Mitte ist die durchschnittliche Bevölkerung und an den Rändern andere extreme oder radikalere Haltungen. Auf der einen Seite haben wir die radikale klimagerechte Demokratie, auf der anderen Seite die faschistische Tyrannei. Diese Theorie ist falsch und gefährlich, denn sie wertet den Einsatz für eine bessere, gerechtere Welt ab und stellt sie in die Nähe von Faschismus. Damit wird Faschismus verharmlost. Analysen zeigen schon lange, dass faschistische Ideen viel besser in die Breite der Bevölkerung vordringen, als andere Ideen. Das ist nicht nur, aber unter anderem auch der Fall, weil diese Ideologien die Machtverhältnisse weniger stark in Frage stellen. Der faschistische Rand ist somit näher in der Mitte der Bevölkerung; das Bild wäre ein Angelhaken, der sich wieder kehrt und eher in Richtung Mitte neigt. Ich bin der Meinung, dass wir diese neuen Theorien eigentlich abschaffen sollten, weil es sich um eine massive Vereinfachung von komplexen und mehrdimensionalen Prozessen und Verhältnissen handelt. Das habe ich mir übrigens nicht ausgedacht. Die Hufeisentheorie hat eine Geschichte und ist ein Beleg dafür, wie effektiv faschistische Ideen durch die Gesellschaft diffundieren: Ursprünglich stammt die Theorie nämlich von zwei Nazi-Autoren aus dem Jahr 1932. Heute ist sie unterbewusst weit verbreitet, man denkt nicht mehr daran und hört Sätze wie: «Ich finde Faschismus schlecht, aber die Klimaterroristen sind genauso schlimm.» Das Wort Klimaterroristen ist zum Unwort des Jahres gekürt worden. Weg mit dem Hufeisen und ja zum Postulat.

**Martina Zürcher (FDP)** begründet den namens der FDP-Fraktion am 30. November 2022 gestellten Textänderungsantrag: In seiner persönlichen Erklärung vom 7. Dezember 2022 hat Dominik Waser (Grüne) der FDP in den Mund gelegt, sie habe das Rechtsextremismus-Vorstosspaket nicht mitunterzeichnet, weil sie im Rechtsextremismus kein Problem sehen würde. Und er hat uns einen NZZ-Artikel über eine rechtsextreme Gruppierung vorgelesen. Dazu kann ich sagen, dass es sich bei ersterem um alternative Fakten handelt und zweiteres haben wir selbst gelesen. Wir haben letzte Woche in der NZZ



*einen Artikel über den Vorfall in der Woche vor Weihnachten in Genf gelesen, bei dem Linksextreme eine SVP-Nationalrätin gewaltsam am Auftritt an einem Streitgespräch hindern wollten. Als dies dank dem beherzten Einschreiten von Anwesenden verhindert werden konnte, wurde mehr Gewalt angedroht. Wenn ein geordnetes Streitgespräch an einer Universität wegen Gewaltandrohungen nicht stattfinden kann, ist das genauso inakzeptabel wie der Vorfall im Tanzhaus. Ein anderes Beispiel aus Zürich: Eine Demo von konservativen, aber friedlichen Personen wird nicht bewilligt, weil die grüne Vorsteherin des Sicherheitsdepartements und der Gesamtstadtrat vor den Gewaltandrohungen von Linksextremen einknicken. Ich zitiere aus der Medienmitteilung des Sicherheitsdepartements: «Ich bedaure diesen Umstand sehr und verurteile das Vorgehen dieser Gruppen», sagte Karin Rykart am Donnerstag, 1. Oktober 2020 vor den Medien, «Gewalt ist leider eine Realität und gehört zur Kehrseite eines freiheitlichen Staates». Das müssen Sie erst einmal setzenlassen. In meinen Augen ist dies eine unglaubliche Aussage, unabhängig davon, woher die Gewalt kommt. Wir haben nicht nur im Rechtsextremismus, sondern allgemein im gewaltbereiten Extremismus ein Problem – egal, ob rechtsextrem, linksextrem oder religiös dschihadistisch motiviert. Im Unterschied zu den Postulanten möchten wir keine Wertung vornehmen und schlagen folgende Textänderung vor. Ich hoffe auf eine Annahme und darauf, dass wir gemeinsam ein Zeichen gegen gewaltbereiten Extremismus setzen können, egal woher er kommt.*

Der Stadtrat wird aufgefordert, eine ausführliche Untersuchung in Auftrag zu geben. Diese Untersuchung(en) soll(en) die letzten rechtsextremen Angriffe, sowie das Vorgehen und allfällige Fehler von Seiten der Stadt bzw. Polizei untersuchen und künftige Handlungsmöglichkeiten – auch präventive – gegen Rechtsextremismus sowie andere Formen gewaltbereiten Extremismus aufzeigen. Dem Gemeinderat soll über die Untersuchung Bericht erstattet werden.

Folgendes soll damit beantwortet werden:

- Wie es zu den wiederholten rechtsextremen/neofaschistischen Angriffen in letzter Zeit kommen konnte.
- Was bereits getan wird und was in Zukunft allenfalls verstärkt getan werden kann/muss, um solche Angriffe des Rechtsextremismus sowie andere Formen gewaltbereiten Extremismus zu verhindern.
- Wie das Vorgehen der Polizei in Bezug auf den Umgang mit rechtsextremen/neofaschistischen Gruppierungen im Allgemeinen ist.
- Wie das Vorgehen der Polizei bei folgenden konkreten Anlässen war: Auftritt rechtsextremer/neofaschistischer Gruppierungen am 1. Mai 2022, Angriff auf den Pride Gottesdienst am 19. Juni 2022 sowie auf das Tanzhaus am 16. Oktober 2022.
- Welches Verbesserungspotential bezüglich der statistischen Erfassung vorhanden ist.
- Welche konkreten Handlungsmöglichkeiten es für die Stadt Zürich und ihrer Organe gibt, um die «Salonfähigkeit» des Rechtsextremismus sowie andere Formen gewaltbereiten Extremismus einzudämmen und präventiv gegen die weitere Erstarkung dieser Gruppen in der Stadt Zürich vorzugehen.

Weitere Wortmeldungen:

**Ronny Siev (GLP)** stellt folgenden Textänderungsantrag: *Wir sehen es ähnlich wie die Postulanten. Wir haben aber auch Verständnis für die Textänderung. Wir schlagen ebenfalls eine Textänderung vor, die wahrscheinlich am ehesten die Interessen des Gemeinderats widerspiegelt. Was im Tanzhaus geschehen ist, wollen wir nicht sehen. Ich sehe klar, dass Rechtsextremismus ein grosses Problem ist. Wir finden aber, dass die anderen Formen von gewaltbareitem Extremismus unbedingt auch erwähnt werden*



müssen. Es gibt Gewalt von Links, es gibt Gewalt im Islamismus und in anderen Formen. Darum will unsere Textänderung zum Ausdruck bringen, dass der Rechtsextremismus für uns ein grosses Thema ist und Priorität hat, aber die anderen Formen unbedingt auch angeschaut werden müssen.

**Stephan Iten (SVP):** Die SVP verurteilt Rechtsextremismus ebenfalls. Wir verurteilen jede Art von Gewalt und Extremismus, das haben wir immer wieder erwähnt. Wir verurteilen den Rechtsextremismus, aber auch den Linksextremismus. Rechtsextremismus muss selbstverständlich geahndet werden. Der Unterschied zu euch ist, dass ihr nur von Rechtsextremismus sprecht. Wir haben es heute Abend gehört: Linksextremismus und Velorowdys werden von euch regelrecht in Schutz genommen. Wenn Dominik Waser (Grüne) nach Deutschland schauen möchte, will ich auf das Beispiel beim Tagebau Garzweiler in Lützerath hinweisen: Linksextremisten werfen Molotow-Cocktail auf die Polizisten, es herrscht ein regelrechter Kriegszustand. Davon hört man von eurer Seite kein Wort. Darum haben auch wir eine Textänderung vorbereitet. Die FDP ist uns zuvor gekommen und wir würden den Vorstoss mit der Textänderung der FDP unterstützen. Unser Vorschlag ging in die gleiche Richtung. Es geht nicht darum, dass man nur den Rechtsextremismus verfolgt – selbstverständlich soll jede Art von Extremismus verurteilt und geahndet werden. Die Textänderung der GLP können wir nicht unterstützen, da neben dem Rechtsextremismus nur beiläufig von anderem Extremismus gesprochen wird.

**Peter Anderegg (EVP):** Grundsätzlich möchte ich festhalten, dass die Fraktion Die Mitte/EVP jegliche Art von gewaltbereitem Extremismus ablehnt und verurteilt. Für uns spielt es keine Rolle, ob der gewaltbereite Extremismus von rechts oder links, aus religiös motivierten Hintergründen, aus dem Sport oder dem Umweltschutz kommt. Die verschiedenen Gruppierungen sollen ihre Anliegen mit Worten und Argumenten ausdiskutieren und nicht mit Gewalt. Wir haben im Vorfeld zu diesem Postulat kommuniziert, dass wir für solche Anliegen zu haben wären, wenn die Sichtweite oder der Horizont etwas breiter gespannt würden. Das hat man bewusst abgelehnt und deswegen diskutieren wir über zwei Postulate, die sehr einseitig formuliert sind. Beide Postulate sind auf einem Auge blind. Was uns neben der unausgeglichenen, einseitigen Formulierung dieses Postulats ebenfalls stört, ist, dass man die Polizei unter Generalverdacht stellt. Es wird suggeriert, dass sie bei solchen Einsätzen grundsätzlich falsch und unprofessionell handelt. Wir können dieses einseitig formulierte Postulat nicht unterstützen. Mit der neutraleren und umfassenderen Formulierung der FDP könnten wir es unterstützen.

**Anna Graff (SP):** Die SP ist über die Erstarkung des Rechtsextremismus besorgt; international, in Europa, aber auch in der Stadt Zürich. Im letzten Monat kam es zu mehreren rechtsextremen Attentaten, bei denen demokratische Institutionen konkret angegriffen oder Menschen ermordet wurden. So hat am 23. Dezember 2022 ein rechtsradikaler, rassistischer Hassverbrecher drei kurdische Aktivistinnen in der Pariser Innenstadt erschossen. Der Täter war vorbestraft und hatte im Jahr 2021 bereits eine Flüchtlingsunterkunft angegriffen. Auf der anderen Seite des Atlantiks kam es am 8. Januar 2023 mit einem rechtsextremen, bolscharistischen Angriff auf die brasilianische Demokratie zu einem Putschversuch. Im sechstgrössten Land der Welt. Ein rechtsradikaler Mopp hat den Nationalkongress, den Präsidentenpalast und den obersten Gerichtshof verwüstet



*und eine Militärintervention gegen die demokratisch gewählte Regierung von Präsident Lula da Silva gefordert. Die beiden Verbrechen haben gemein, dass sie sich in einem weltweiten Kontext von rechtsextremer Radikalisierung eingebettet haben und nicht die ersten Attentate ihrer Art sind. Wir erinnern uns an die abscheulichen Attentate in Halle und Hanau und an den Sturm des Kapitols in den USA. Ebenfalls gemein haben unterschiedliche Manifestationen von rechtsextremer Ideologie und Terror, dass sie langfristig die Abschaffung von freiheitlich-demokratischen Grundordnungen und die Ersetzung durch militante, autoritär-nationalistische Systeme unter einer Führungsperson wollen. Rechtsextremismus ist in all seinen Formen immer menschenverachtend und gewaltbereit. Im europäischen Kontext dehumanisieren, attackieren und ermorden Rechtsextreme immer wieder Geflüchtete, Jüdinnen und Juden, Musliminnen und Muslime, LGBTQI-Menschen und Menschen mit Migrationsgeschichte. Sie greifen den Rechtsstaat und Exponentinnen des Staates an. Dazu gehören teilweise auch bürgerliche Politikerinnen und Politiker, zum Beispiel der deutsche CDU-Politiker Walter Lübcke, der von einem Neonazi ermordet wurde. Mit grosser Sorge beobachtet die SP die Erstarbung von neurechten oder rechtsextremen Gruppen in der Schweiz und ihre erhöhte Aktivität in der Stadt Zürich im letzten Jahr. Am 1. Mai, am 19. Juni und am 16. Oktober 2022 ist es in unserer Stadt zu rechtsextremen Angriffen auf Veranstaltungen gekommen. Die Aggressoren sind eindeutig rechtsextrem, vorbestraft und in illegalem Waffenbesitz. Mit ihren Auftritten und über Soziale Medien suchen sie Anschluss an die Mehrheitsgesellschaft und die Nähe zu gewissen, etablierten bürgerlichen Parteien. Erschreckenderweise fühlen sie sich sicher und salonfähig genug, um offen aufzutreten und sich unverhüllt im Internet zu diesen Angriffen zu bekennen. Aus unserer Sicht ist klar, dass es zum Schutz der Bevölkerung der Stadt Zürich im Allgemeinen, aber auch von avisierten Minderheiten und Communitys im Spezifischen, einen umfassenden Massnahmenkatalog benötigt. Wir sagen nicht, dass alles schlecht gelaufen ist, aber wir müssen uns für weitere Ereignisse wappnen. Wir wollen eine Auslegeordnung, wie die städtischen Institutionen künftig gegen die Erstarbung von Rechtsextremismus und gegen rechtsextreme Angriffe vorgehen sollen. Das ist die erste Massnahme, die Ihnen vorgeschlagen wird. Die Massnahme ist wichtig, weil sich rechtsextreme Gruppierungen vom Auftritt und der Kommunikationsstrategie her neu ausrichten und sich die Strategien und die Arbeit der Behörden verändern müssen, damit Rechtsextremismus erkannt und verfolgt werden kann. Die SP ruft alle demokratischen Parteien in diesem Rat auf, die rechtsextreme Gefahr anzuerkennen und ihr geschlossen entgegenzutreten, indem dieser Untersuchung und der öffentlichen Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagne gegen Rechtsextremismus zugestimmt wird. Rechtsextremismus ist eine konkrete Bedrohung und Gefahr für die Menschen in unserer Stadt. Es muss das deklarierte Ziel von allen Demokratinnen und Demokraten von links bis rechts sein, dass solche gewalttätigen, menschenverachtenden Strömungen in Zürich keinen Platz finden. Es muss möglich sein, dass man explizit die Bekämpfung von Rechtsextremismus fordert, ohne im gleichen Atemzug andere Gruppierungen aufzuzählen – wie das zum Teil in den letzten Voten vorgefallen ist. Jede Stimme, die heute im Nein ist, enttäuscht uns stark und wir hoffen auf eine möglichst breite Allianz der Zustimmung zu diesem Postulat.*

**Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne):** *Rechtsextremismus und Neofaschismus gefährden unsere Demokratie und unsere Freiheit. Queere Menschen, rassifizierte und jüdische*



*Menschen sind aktuell spezifisch im Fokus von rechtsextremen Tatpersonen und rechts-extremer Gewalt in der Schweiz und auf der ganzen Welt. Nur weil aktuell spezifische Communitys im Fokus sind, dürfen wir uns nicht aus der Verantwortung stellen. Der Einsatz gegen Rechtsextremismus geht uns alle an. Wir müssen uns solidarisch zeigen und solidarisch handeln. Rechtsextreme Angriffe wie beim Tanzhaus sind keine Kavaliersdelikte, sondern Angriffe auf uns alle. Sie dürfen nicht verharmlost werden und wir dürfen nicht untätig zuschauen. Wir müssen uns aktiv und entschlossen gegen Rechts-extremismus und Neofaschismus einsetzen. Wir müssen uns fragen, weshalb rechtsextreme und neofaschistische Gruppierungen zurzeit erstarken, in der Schweiz, aber auch im Raum Zürich. Die Stadt muss ihre Bewohnerinnen und ihre demokratischen Werte schützen. Gegen Rechtsextremismus und Neofaschismus werden diverse Massnahmen benötigt. Es braucht beispielsweise eine Weiterbildung für städtische Angestellte, eine Auseinandersetzung mit dem Thema in den Schulen, breite Prävention und Sensibilisierung und es braucht eine vertiefte Auseinandersetzung mit vergangenen rechtsextremen Taten. Ein Bericht über rechtsextreme und neofaschistische Angriffe ist ein erster Schritt, um weitere Massnahmen planen und Handlungsmöglichkeiten eruieren zu können. Wichtig ist, dass präventive Massnahmen erarbeitet werden und die Zusammenarbeit mit Expertinnen und der Zivilgesellschaft angestrebt wird.*

**Moritz Bögli (AL):** *Die AL-Fraktion stand dem Postulat und geforderten Bericht durchaus kritisch gegenüber. Wir haben lange und intensiv darüber debattiert. Den Wunsch der Postulantinnen können wir nachvollziehen. Die Intensivierung von faschistischen Angriffen und das öffentliche Auftreten von Neonazi-Organisationen, wie die «Junge Tat», ist enorm beunruhigend. Seit langer Zeit hat sich der Faschismus in der Schweiz nicht mehr so stark und salonfähig gefühlt, wie jetzt. Dem gilt es einen Riegel vorzuschieben. Der Kampf gegen den Faschismus muss klar und stark geführt werden. Der Bericht ist ein einfacher und billiger Weg, um diese Problematik anzugehen. Den bürgerlichen Staat zu fragen, was sie falsch gemacht haben und was sie besser machen müssten, ist meiner Meinung nach eine spezielle Wahl. Auch eine Stadtzürcher Regierung, die von SP und Grünen dominiert wird, ändert daran nichts. Der bürgerliche Staat ist durch das kapitalistische System strukturell vorgegeben. Genau dieser bürgerliche Staat hat sich historisch nicht nur nicht aktiv gegen den Faschismus gewehrt, sondern faschistische Strömungen gefördert und legitimiert. Innerhalb des Staates die Polizei zu fragen, was sie falsch gemacht haben, ist noch viel absurder. Es ist doch die Polizei, die «Faschos» häufig direkt schützt und auf dem rechten Auge nicht nur schlecht sieht, sondern oft komplett blind ist. Ich erinnere gerne daran, dass die Stadtzürcher Polizei am 12. Februar 2022 mit allen Mitteln versucht hat, eine Gegendemonstration von Antifaschistinnen zu verhindern, um Nazis zu ermöglichen, sich in unserer Stadt offen zu bewegen und ihre menschenverachtenden Meinungen kundzutun. Wir fordern deswegen in unserer Textänderung, dass die Untersuchung extern durchgeführt wird. Gleichzeitig ersetzen wir die Worte Rechtsextremismus überall im Postulat durch Neofaschismus. Ich hoffe, dass es der Staat in der Stadt Zürich schafft, von seiner historischen Rolle wegzukommen. Falls unsere Textänderung nicht angenommen wird, werden wir das Postulat ablehnen. Genauso werden wir das Postulat ablehnen, wenn eine der anderen Textänderungen angenommen wird. Der Versuch, «Faschos» mit Linksradikalen gleichzustellen, ist äusserst gefährlich und konsequent abzulehnen.*



**Johann Widmer (SVP):** *Ich möchte eine Grafik des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB) zu extremistischen Ereignissen zeigen. Wie es im Gemeinderat tönt, kann man von einem Besserwisser-Klub sprechen. Es klingt so, als wären die vielen blauen Ereignisse die Rechtsextremen und die wenigen roten die Linksextremen. Leider weit gefehlt. Das sind offizielle Statistiken des NDB, wir müssen es nicht besser wissen. Das ist öffentlich, das könnt ihr nachschauen und wir müssen dafür nicht einen Abend lang leiern und jammern. Beide Extremismen gehen nicht und gehören nicht in unsere Stadt.*

**Michael Schmid (FDP):** *Sehr vieles, das gegen Rechtsextremismus vorgebracht wurde, können wir Freisinnigen unterschreiben. Das Votum des AL-Vertreter müssen sich alle in diesem Saal in Ruhe anhören, insbesondere die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements. Für uns ist klar, dass Rechtsextremismus, Linksextremismus, dschihadistischer und gewaltbereiter Extremismus eine Gefahr für diese Gesellschaft sind. Es ist an allen demokratischen Parteien, dem energisch entgegenzutreten. Die Kategorisierung, die wir auch in unsere Textänderung übernommen haben, stammt von der Webseite Gegenradikalisierung.ch. Das ist eine gemeinsame Trägerschaft der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK), der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) und des Schweizerischen Städteverbands. Gemeinsam mit dem Bundesamt für Polizei fedpol wurde diese Kategorisierung vorgenommen und aufgezeigt, wie sich die gewaltbereiten Gruppen charakterisieren. Dominik Waser (Grüne), wir benötigen weder eine Hufeisentheorie noch eine Angeltheorie. Wir schauen, was in der Stadt, in der Welt, in Geschichte und Gegenwart abgeht. Wir müssen auch auf die Stadt Zürich schauen, in der ein «Marsch fürs Läbe» verboten und damit ein Demonstrationsrecht eingeschränkt wurde. Davor kann man nicht den Blick verschliessen. Darum haben wir den Textänderungsantrag eingereicht – wie gesagt, rechtsextrem, linksextrem und dschihadistisch motivierter Extremismus. Die Textänderung der GLP ist eine Enttäuschung. Ihr verpasst im Rat kaum eine Gelegenheit, um euch links anzubiedern, indem ihr das Wort Linksextremismus nicht nennt. Zu den anderen linken Organisationen sage ich: Wenn Sie wollen, dass die demokratischen Parteien hinstehen, explizit auch gegen Rechtsextremismus, dann nehmen Sie unseren Textänderungsantrag an.*

Walter Angst (AL) hält eine persönliche Erklärung zu den Zeiten der Bespitzelungen des Kriminalkommissariats III (KK3).

Michael Schmid (FDP) hält eine persönliche Erklärung zur persönlichen Erklärung von Walter Angst (AL).

**Dominik Waser (Grüne)** ist mit der Textänderung von Ronny Siev (GLP) einverstanden, lehnt jedoch die Textänderung von Martina Zürcher (FDP) ab: *An die SVP: Ihr habt gesagt, dass ihr gegen Gewalt seid; gleichzeitig hat ein Kollege von euch nach diesem Angriff einen Vorstoss eingereicht. Lasst es, etwas zu sagen, wenn ihr es nicht schafft, ehrlich zu sein. Wir lehnen euren Textänderungsantrag ab. Da es um explizit benannte Angriffe geht, haben wir uns entschieden, die Textänderung der GLP anzunehmen.*



#### Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert, eine ausführliche Untersuchung in Auftrag zu geben. Diese Untersuchung(en) soll(en) die letzten rechtsextremen Angriffe, sowie das Vorgehen und allfällige Fehler von Seiten der Stadt bzw. Polizei untersuchen und künftige Handlungsmöglichkeiten – auch präventive – gegen Rechtsextremismus sowie andere Formen gewaltbereiten Extremismus aufzeigen. Dem Gemeinderat soll über die Untersuchung Bericht erstattet werden.

Folgendes soll damit beantwortet werden:

- Wie es zu den wiederholten rechtsextremen/neofaschistischen Angriffen in letzter Zeit kommen konnte.
- Was bereits getan wird und was in Zukunft allenfalls verstärkt getan werden kann/muss, um solche Angriffe des Rechtsextremismus sowie andere Formen gewaltbereiten Extremismus zu verhindern.
- Wie das Vorgehen der Polizei in Bezug auf den Umgang mit rechtsextremen/neofaschistischen Gruppierungen im Allgemeinen ist.
- Wie das Vorgehen der Polizei bei folgenden konkreten Anlässen war: Auftritt rechtsextremer/neofaschistischer Gruppierungen am 1. Mai 2022, Angriff auf den Pride Gottesdienst am 19. Juni 2022 sowie auf das Tanzhaus am 16. Oktober 2022.
- Welches Verbesserungspotential bezüglich der statistischen Erfassung vorhanden ist.
- Welche konkreten Handlungsmöglichkeiten es für die Stadt Zürich und ihrer Organe gibt, um die «Salonfähigkeit» des Rechtsextremismus sowie andere Formen gewaltbereiten Extremismus einzudämmen und präventiv gegen die weitere Erstarbung dieser Gruppen in der Stadt Zürich vorzugehen.

Das geänderte Postulat wird mit 66 gegen 50 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat